



# Maximilianeum

Das Online-Magazin des Bayerischen Landtags

Jahrgang 2 | Ausgabe Nr. 8 | Dezember 2008



## 12 Ausschüsse nehmen die Arbeit auf Aufgaben orientieren sich am Kabinettszuschnitt

*Gesetzentwürfe, Anträge und Anfragen – ein Großteil des parlamentarischen Arbeitspensums wird in den Ausschüssen absolviert. Anfang Dezember haben sich die zwölf ständigen Ausschüsse der 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags konstituiert. Ihre Themenfelder orientieren sich am Zuschnitt der Staatsministerien. So werden zum Beispiel künftig im Rechtsausschuss auch die Fragen des Verbraucherschutzes behandelt und im Umweltausschuss der Themenkomplex „Gesundheit“.*



[Lesen Sie mehr ab Seite 3](#)

### Themen

#### Regierungserklärung

Renaissance sozialer Marktwirtschaft



Seite 7

#### Krise der BayernLB

Neues Geschäftsmodell geplant



Seite 8

#### Bürgerkulturpreis 2008

Ausgezeichnetes Engagement



Seite 13

#### Pressefoto Bayern

Scheichs und Schuhplattler



Seite 18

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Bayern hat eine hohe Lebensqualität. Besonders viele Menschen bringen sich hier in diesem Land ehrenamtlich ein, tun mehr als ihre Pflicht: Über 70 Prozent der Bayern sind außerhalb ihrer rein erwerbsbezogenen oder rein familiären Aktivitäten in einem Verein, einem Verband, einer Gruppe, einer Organisation oder einer karitativen Einrichtung aktiv.

Dieses bürgerschaftliche Engagement verdient Anerkennung. Der Bayerische Landtag hat vor neun Jahren den „Bürgerkulturpreis“ ins Leben gerufen – eine Auszeichnung für engagierte Ehrenamtliche in Bayern. Seitdem werden jährlich Bürgerinnen und Bürger durch das Parlament geehrt, die sich in ganz besonderer Weise um das Gemeinwesen verdient machen.

Thaikind Chatulong mit seiner Förderlehrerin Katrin Weißgrab bei den Hausaufgaben: Der Förderverein Schierlinger Schulen wurde in diesem Jahr für vorbildliches Engagement mit dem Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags ausgezeichnet.

In diesem Jahr bildeten „Initiativen zur interkulturellen Zusammenarbeit und zur Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft“ das Leitthema des Bürgerkulturpreises. Integration ist – darin stimmen alle im Landtag vertretenen Fraktionen überein – der entscheidende Schlüsselbegriff für das Zusammenleben von unterschiedlichen Kulturen in unserer Gesellschaft. Wir stellen Ihnen mit den diesjährigen Preisträgern insgesamt neun vorbildliche Projekte vor. [➔ MEHR](#)



Auf politischer Ebene hat der Parlamentsbetrieb Fahrt aufgenommen: Zwölf ständige Ausschüsse haben sich konstituiert. Die Arbeit an Gesetzentwürfen, Anträgen und Anfragen hat begonnen. Wir berichten ausführlich über die neue Zusammensetzung der Ausschüsse. Weitere Themen dieser Ausgabe: die Regierungserklärung von Ministerpräsident Horst Seehofer vom 10. Dezember, die Krise der BayernLB, 90 Jahre Frauenwahlrecht in Bayern und eine Nachlese zur Landtagswahl.

Wir wünschen Ihnen in diesen vorweihnachtlichen Tagen wieder eine interessante Lektüre!

Die REDAKTION

## Inhalt

Editorial	2
<b>Titelthema</b>	
Ausschüsse nehmen die Arbeit auf	
Ausschussarbeit kann beginnen	3
Die zwölf neuen Ausschüsse des Landtags	4
<b>Aktuelles</b>	
Regierungserklärung	7
Krise der BayernLB	8
Akademiegespräch:	
Analyse der Landtagswahl	10
<b>Parlament</b>	
90 Jahre Frauenwahlrecht	11
Bürgerkulturpreis 2008	13
Interview mit Landtagspräsidentin	
Barbara Stamm	16
Mit Studenten unter einem Dach	17
<b>Notizen</b>	19
Impressum	19

# Die Ausschussarbeit kann beginnen

## Die zwölf ständigen Ausschüsse haben sich konstituiert

*In jedem Ausschuss stellt die CSU künftig die Hälfte der Sitze. Aus Sicht der SPD entspricht das jedoch nicht dem Wahlergebnis.*

Die neu gebildeten zwölf Landtagsausschüsse haben sich in der ersten Dezemberwoche sozusagen auf Bewährung konstituiert. Denn über die Sitzverteilung wird voraussichtlich der Bayerische Verfassungsgerichtshof das letzte Wort haben. SPD-Fraktion und die Fraktion der Freien Wähler bereiten eine Verfassungsklage vor. Beide Oppositionsparteien wollen sich nicht damit abfinden, dass die bei der Landtagswahl auf 43,4 Prozent der Wählerstimmen zurückgefallene CSU in allen Ausschüssen die Hälfte der Mitglieder stellt. Die Opposition sieht darin eine „Blockademöglichkeit“.

Nach der Vereinbarung der Koalitionsfraktionen von CSU und FDP werden die Ausschüsse jeweils gerade Mitgliederzahlen haben. Mit 22 Parlamentariern größtes Gremium bleibt



*Parlamentarier bereiten in den Ausschüssen die Beschlüsse der Vollversammlung vor.*

*Foto: Poss*

der Haushaltsausschuss. Im Innen-, Bildungs- und Umweltausschuss arbeiten jeweils 20 Abgeordnete, in allen übrigen 16. Ihre Themenfelder orientieren sich am Zuschnitt der Staatsministerien. So werden künftig im Rechtsausschuss auch die Fragen des Verbraucherschutzes behandelt, und im Umweltausschuss der Themenkomplex „Gesundheit“. Laut CSU-Fraktionsvize Thomas Kreuzer wird mit der vereinbarten Regelung in den Ausschüssen der „größtmögliche Annäherungswert“ an die tatsächliche Sitzverteilung im

Landtagsplenum erreicht, wo die CSU 92 von 187 Sitzen habe, also 49,19 Prozent. Nachdem von der Opposition favorisierten Modell mit einer ungeraden Mitgliederzahl – hier hätte die CSU jeweils einen Sitz weniger als die übrigen Fraktionen zusammen – käme die CSU nur auf 47,06 Prozent der Sitze. Dies sei eine Benachteiligung der CSU.

### Streit um das Verteilungsverfahren

Von „purer Willkür“ sprach SPD-Fraktionsgeschäftsführer Harald Güller. Die von der

Verfassung geforderte Spiegelbildlichkeit des Wahlergebnisses, das die CSU unter die Marke von 50 Prozent der Sitze gedrückt habe, werde in den Landtagsausschüssen „erheblich verfälscht“. Das von der CSU gewählte Verteilungsverfahren „ist eklatant rechtsmissbräuchlich und respektiert den Wählerwillen nicht“. Tanja Schweiger (FW) plädierte für eine ungerade Anzahl an Ausschussmit-

gliedern, weil es dann bei Abstimmungen kein Patt geben könne. Für die Grünen erklärte Ulrike Gote, die CSU habe die Geschäftsordnung des Landtags als „Instrument der Manipulation“ missbraucht, um aus ihrer Wahlniederlage doch noch eine Parlamentsmehrheit zu zimmern. FDP-Fraktionsgeschäftsführer Tobias Thalhammer stellte sich hinter die Vereinbarung mit der CSU.

*/Jürgen Umlauf*

[Kurzporträts der Ausschüsse ab Seite 4](#)

## Die zwölf neuen Ausschüsse des Landtags

### Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Er ist ein Gremium der ersten Stunde: Seit 1946 gibt es den Haushaltsausschuss. Seine Bedeutung zeigt sich auch darin, dass er mit 22 Mitgliedern der größte Ausschuss des Landtags ist. Hier wird der Haushaltsplan beraten, an den sich die Staatsregierung dann zu halten hat. Er wird für jeweils zwei Jahre aufgestellt, im zweiten Jahr werden die Zahlen im Rahmen eines Nachtragshaushalts an die veränderte Lage angepasst. So richten alle anderen Fachpolitiker ihren Blick auf den Haushaltsausschuss: Denn ohne dessen Placet geht finanziell gar nichts. [➔ MEHR](#)



*Vorsitzender Georg Winter (CSU) und Stellvertreterin Adelheid Rupp (SPD).* Alle Fotos: Poss

### Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Die Ausstattung der Polizei mit Sicherheitswesten gehört genauso zu den Themen dieses Gremiums wie Vorschriften für Gebührenordnungen in den Kommunen. Der Name ist Programm beim Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit. 2008 hat er sich u. a. mit der umfassenden Novellierung des Rettungsdienstgesetzes befasst. Spannend werden in dieser Wahlperiode voraussichtlich Themen der Inneren Sicherheit. Mit 20 Mitgliedern gehört dieser Ausschuss zu den größeren. Ihm sitzt erstmals eine Abgeordnete der Freien Wähler vor. [➔ MEHR](#)



*Vorsitzende Gabriele Pauli (Freie Wähler) und Stellvertreter Christian Meißner (CSU).*

### Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Sämtliche Gesetzentwürfe und Staatsverträge kommen hier zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit auf den Tisch, aber auch Streitigkeiten, die beim Verfassungsgerichtshof anhängig sind. Und nun hat sich das Spektrum des bisher für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zuständigen Ausschusses noch um den Verbraucherschutz erweitert – spiegelbildlich zum Justizministerium, dem dieses Feld nun zugeschlagen wurde. Zu den weiteren Aufgaben gehören der Datenschutz sowie Grundsätzliches aus den Bereichen Ausländer und Asyl. [➔ MEHR](#)



*(v.r.) Vorsitzender Franz Schindler (SPD) und Stellvertreterin Petra Guttenberger (CSU).*

### Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Wirtschaft und Verkehr gehören eng zusammen. Beide Themenfelder werden deshalb auch in dieser Wahlperiode wieder in einem gemeinsamen Ausschuss behandelt. Parallel zum Wirkungsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie geht es im wirtschaftspolitischen Ausschuss unter dem Vorsitz des ehemaligen Finanzministers Erwin Huber (CSU) aber auch um Technologiepolitik, Raumordnung und Landesplanung. Ein heißes Thema bleibt die Telekommunikation – Stichwort DSL-Ausbau in ländlichen Regionen. [➔ MEHR](#)



*Vorsitzender Erwin Huber (CSU) und Stellvertreter Alexander Muthmann (Freie Wähler).*

## Die zwölf neuen Ausschüsse des Landtags

### Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Forstreform, das bayerische Kulturlandschaftsprogramm und die Milchquote haben den Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten in den vergangenen Wahlperioden immer wieder beschäftigt. Künftig kommen entsprechend dem neuen Zuschnitt der Ressorts auch Fragen der Ernährung hinzu. Die Aufgaben dieses Ausschusses decken sich also weitgehend mit dem Tätigkeitsfeld des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, beinhalten jedoch auch Querschnittsbereiche wie das Zusammenspiel von Naturschutz und Landwirtschaft. [➔ MEHR](#)



*Vorsitzender Gerhard Eck (CSU) und Stellvertreter Adi Sprinkart (Grüne).*

### Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur

Erst im Jahr 1994 eingerichtet, ist der Hochschulausschuss heute kaum noch wegzudenken, zumal in Zeiten umfangreicher Hochschulreformen, wie sie in den vergangenen Jahren auf europäische, deutsche und bayerische Initiative hin ins Rollen kamen. Außer um die Ausstattung der Universitäten, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen mit Mitteln und Personal kümmert sich der Ausschuss auch um die außeruniversitäre Forschung sowie um Denkmalschutz, Musik, Museen, Theater, Rundfunk und Fernsehen. [➔ MEHR](#)



*Vorsitzender Bernd Sibler (CSU) und Stellvertreterin Isabell Zacharias (SPD).*

### Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit

Dieser Ausschuss ist um eine Aufgabe ärmer geworden: Nachdem die Gesundheitspolitik vom Sozial- ins Umweltministerium gewandert ist, ziehen auch die Landtagsgremien nach. Es bleibt genug zu tun für die Ausschussmitglieder: Weiter für lebhaft Debatten sorgen wird die Kinderbetreuung, die durch das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) reformiert wurde. Auch die Situation von Pflegeheimen und anderen Pflegeeinrichtungen wird den Ausschuss beschäftigen. Ebenso wird der Sozialbericht der Staatsregierung für Diskussionen sorgen. [➔ MEHR](#)



*(v.r.) Vorsitzende Brigitte Meyer (FDP) und Stellvertreter Joachim Unterländer (CSU).*

### Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Für die Öffentlichkeit zugänglich sind in Bayern alle Landtagsausschüsse, doch mit am meisten Interesse gibt es an der Arbeit des bildungspolitischen Ausschusses. Um das umstrittene verkürzte Gymnasium (G8), den Ausbau von Ganztagschulen, die Sicherung von Schulstandorten in ländlichen Regionen, den wachsenden Leistungsdruck an Grundschulen, eben um das bessere Schulsystem wird hier immer wieder heftig gestritten. Bislang waren die Fronten klar. Spannend wird sein, wie die Koalitionspartner CSU und FDP mit ihren teilweise unterschiedlichen Ansichten umgehen. [➔ MEHR](#)



*(v.r.) Vorsitzender Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) und Stellvertreter Georg Eisenreich (CSU).*

## Die zwölf neuen Ausschüsse des Landtags

### Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes

Er ist ein Unikat: In keinem anderen Bundesland gibt es einen Ausschuss für die Fragen des öffentlichen Dienstes. Dabei haben die Fachpolitiker alle Hände voll zu tun. Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsfragen werden hier ebenso beraten wie Themen aus dem Tarifrecht. Auch die Belange von öffentlichen Bediensteten, die sich mit einer Petition an den Landtag wenden, werden hier behandelt. Außerdem befasst sich das Gremium mit den Angelegenheiten von Schwerbehinderten sowie mit Fragen der Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst.

➔ MEHR



Vorsitzende *Ingrid Heckner (CSU)* und Stellvertreter *Stefan Schuster (SPD)*.

### Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Die EU-Politik wirkt sich auch in Bayern immer stärker aus, zudem hat der Freistaat ein Interesse daran, seine Standpunkte in Brüssel einzubringen. Dieses Interesse manifestiert sich auch im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, der sich mit der Finanzierung der EU oder deren Erweiterung befasst. Subsidiarität ist ein wichtiges Stichwort: Die EU soll nur dort tätig werden, wo Dinge nicht auf Landes- oder regionaler Ebene geregelt werden können. Und der Ausschuss macht sich gegenüber dem Bund für den Föderalismus stark.

➔ MEHR



Vorsitzende *Ursula Männle (CSU)* und Stellvertreterin *Annette Bulfon (FDP)*.

### Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Um ein schon seit der Monarchie in Bayern verankertes Grundrecht kümmert sich der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden: Er befindet darüber, ob man Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit einem Anliegen an den Landtag wenden, helfen kann bzw. inwiefern die geschilderten Anliegen von der Staatsverwaltung zu berücksichtigen sind. Rund 30 Prozent der eingehenden Petitionen werden hier behandelt, die übrigen Petitionen gehen direkt an die Fachausschüsse. Schwerpunkte sind das Ausländer- und das Baurecht sowie der Strafvollzug.

➔ MEHR



(v.r.) Vorsitzender *Achim Werner (SPD)* und Stellvertreterin *Sylvia Stiersdorfer (CSU)*.

### Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Entsprechend dem neuen Zuschnitt des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit hat sich auch der Aufgabenbereich des Umweltausschusses erweitert: Die Ausschussmitglieder kümmern sich künftig auch um das Gesundheitswesen – etwa die finanzielle Situation von Krankenhäusern. Daneben werden hier weiterhin die angestammten Themenschwerpunkte bearbeitet wie Umwelt-, Natur- und Tierschutz. Häufig wird es auch um die Umsetzung von EU-Richtlinien gehen.

➔ MEHR



Vorsitzender *Christian Magerl (Grüne)* und Stellvertreter *Otto Hünnerkopf (CSU)*.

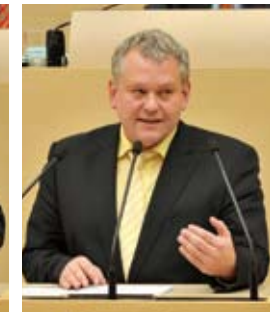
Erste große Regierungserklärung von Ministerpräsident Horst Seehofer

## „Renaissance der sozialen Marktwirtschaft“

*Fünf Stunden dauerte die Debatte zur Regierungserklärung. Ministerpräsident Seehofer stellte darin Soziales sowie die Werte der Gesellschaft in den Mittelpunkt.*

Ministerpräsident **Horst Seehofer (CSU)** will den Freistaat mit gezielten Zukunftsinvestitionen und einem neuen Politikstil durch die Finanz- und Wirtschaftskrise führen. In seiner Regierungserklärung stimmte er die Bürger auf schwierige Zeiten ein, betonte aber auch, trotz der Zehn-Milliarden-Euro-Finanzspritze für die BayernLB werde man in den kommenden Jahren in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren. Vier Leitlinien gab Seehofer für seine Regierungsarbeit vor: An erster Stelle wolle er „das Fundament für Geborgenheit, Sicherheit und kulturelle Identität“ stärken. Außerdem versprach er Bildungsgerechtigkeit und eine solide Finanzpolitik, die mit einer wertgebundenen sozialen Marktwirtschaft in Einklang stehen soll: „Die Renaissance der sozialen Marktwirtschaft wird von München ausgehen“,

kündigte er an. Schließlich versprach er mehr Freiräume für die persönliche und wirtschaftliche Entfaltung der Bürger. Gleichzeitig wolle er einen „starken und verlässlichen Staat dort, wo der Bürger Schutz braucht“.



Fotos: Poss

nur wenig substanzvoll Neues vorgetragen. Es sei ein bisschen wie Weihnachten: Man mache das Päckchen auf, schaue in die Schachtel rein, und nichts sei drin: „Es klingt gut, was Sie sagen, aber an Zahlen, an

das Machbare konzentriere. Regierung und Opposition müssten eine fruchtbare Form der Zusammenarbeit finden. Seehofer hat „ein Füllhorn an Versprechungen ausgeschüttet, von denen leider am Ende kaum etwas zu

Als „wahren Verpackungskünstler“ bezeichnete Fraktionsvorsitzender **Franz Maget (SPD)** den Ministerpräsidenten: „Er kann ansprechend reden, und er kann schön verpacken“, sagte Maget. Inhaltlich habe Seehofer aber

### Web-TV: Hinweis für die Nutzer

**Wenn Sie die Redebeiträge nochmals oder nachträglich hören möchten, dann klicken Sie auf die Namen oder die jeweiligen Fotos in diesem Artikel.**

Fakten, an konkreten Maßnahmen ist wenig zu hören gewesen.“ Maget warf der Staatsregierung vor, viele Forderungen, die sie vor wenigen Wochen „brutalstmöglich abgelehnt und bekämpft“ habe, jetzt von der SPD kopiert zu haben. CSU-Fraktionsvorsitzender **Georg Schmid** rückte den Dreiklang Kinder, Bildung und Arbeit in den Mittelpunkt. Es sei richtig, sich auf diese Themen zu konzentrieren: „Diese drei Schwerpunkte entscheiden über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“ Fraktionsvorsitzender **Hubert Aiwanger (FW)** forderte einen anderen Politikstil, der sich auf

halten sein wird. Der Schatten der Landesbank schränkt den Handlungsspielraum des Freistaates massiv ein.“ Grünen-Fraktionschef **Sepp Daxenberger** kritisierte, die Regierungserklärung enthalte viel Prosa und viele Selbstverständlichkeiten, aber wenig Konkretes: Allenfalls „in homöopathischen Dosen“ habe Seehofer wissen lassen, wie die Politik der nächsten Jahre aussehen solle. Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden **Thomas Hacker (FDP)** setzt die neue Koalitionsregierung „wichtige gesellschaftspolitische Signale für ein modernes, weltoffenes und tolerantes Bayern“. /kh

Krise der BayernLB

# Landesbank steht vor radikalem Umbau

*Die Bayerische Landesbank braucht zehn Milliarden Euro staatlicher Zuschüsse und wird neu ausgerichtet. Über die Geschäftspolitik wachen nun auch Abgeordnete.*

„Wir haben uns das auch anders vorgestellt!“ Ernüchterung schwingt mit, wenn der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) über den Start der schwarz-gelben Koalition in Bayern sinniert. Einen „absoluten Neuanfang“ wollte die neue Regierung hinlegen, doch dann hat die Krise der Bayerischen Landesbank den Freistaat mit ungeahnter Wucht getroffen.

Statt über die Grundzüge der künftigen Regierungspolitik zu referieren, war Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gezwungen, den Landtag über das BayernLB-Rettungspaket zu unterrichten, für das Finanzminister Georg



*Die Bayerische Landesbank soll ein neues Geschäftsmodell erhalten.*

*Foto: ddp*

Fahrenschon (CSU) einen zweiten Nachtragshaushalt vorlegen musste. Wegen geplatzter Wertpapiergeschäfte und zweifelhaften internationalen Engagements ist die BayernLB vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise in eine existenzbedrohende Schieflage geraten. Zur Stabilisierung der Bank muss der Freistaat nun frisches Kapital in Höhe von zehn Milliarden Euro zuschießen. Das Geld wird über eine entsprechende Neuverschuldung aufgebracht. Darüber hinaus haftet der Steuerzahler für mögliche Verluste der Bank auf dem zusammengebrochenen

US-Immobilienmarkt mit bis zu 4,8 Milliarden Euro. Die Schuldzinsen in Höhe von mindestens 300 Millionen Euro jährlich sollen zunächst aus Rücklagen stammen, ab 2011 werden sie den regulären Haushalt belasten.

Nach den von Seehofer dem Landtag präsentierten Plänen steht die BayernLB vor einem radikalen Umbau, zu dem auch die Streichung von bis zu 5600 der rund 19 000 Arbeitsplätze gehört. Die kommunalen Sparkassen als derzeitige Miteigner der Bank werden aus der Verantwortung entlassen und müssen auch

die milliardenschwere Sanierung nicht mittragen, die ihre Finanzkraft überfordert hätte. Zwar hat die Staatsregierung laut Seehofer noch keine endgültige Entscheidung getroffen, was mit der Bank anschließend passiert, doch die präferierte Option ist, das Institut nach der Sanierung zu privatisieren, um mit den Verkaufserlösen die zur Rettung aufgenommenen Schulden zu tilgen.

## „Gerupftes Huhn ohne Verkaufswert“

„Ich weiß, dass solche Summen viele Menschen fassungslos machen, aber die Hilfe für die Landesbank ist unausweichlich und liegt im Interesse ganz Bayerns“, erklärte Seehofer. Oppositionsführer Franz Maget äußerte sein Unverständnis darüber, dass der Freistaat die angebotene Hilfe des Bundes nicht umfassend in Anspruch genommen habe. Zudem bezweifelte er, dass eine auf ihren gesetzlichen Auftrag zurückgeführte BayernLB bei ihrem Verkauf so viel Geld Erlösen werde, wie zum Tilgen der Schulden gebraucht würde. „Ein gerupftes Huhn hat keinen nennenswerten Verkaufswert mehr“, sagte Maget.

[Lesen Sie weiter auf Seite 9](#)



## Krise der BayernLB



*Der Abgeordnete Ernst Weidenbusch (CSU) sitzt der Landesbank-Kommission künftig vor, die Abgeordnete Adelheid Rupp (SPD) ist seine Stellvertreterin.*

*Foto: Poss*

Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen) warf der CSU vor, nicht aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Noch immer gebe es für die Bank „kein wirklich tragfähiges und zukunftsträchtiges Geschäftsmodell“. Das Ja der FDP zum Rettungsplan bekundete Fraktionschef Thomas Hacker. Ziel der Liberalen

sei die spätere Privatisierung der BayernLB. Parlamentarisch begleitet wird die Sanierung und Neuausrichtung der Bank von einer **Kommission** des Landtags, wie sie nach §40 seiner Geschäftsordnung möglich ist. Grundlage des Einsetzungsbeschlusses war ein fraktionsübergreifender Antrag von CSU, SPD, FDP und

Grünen, der auf eine Initiative der Grünen zurückging. Ausgehend von den Erfahrungen im abgeschlossenen Landesbank-Untersuchungsausschuss sah es Fraktionschefin Bause als geboten an, die Information des Landtags über Vorgänge in der Landesbank und ihre jeweils aktuelle Lage zu institutionalisieren.

### In der neuen Kommission ist jede Landtagsfraktion vertreten

Der Kommission gehören zwölf Mitglieder an, sechs von der CSU, drei von der SPD, je eines von Freien Wählern, Grünen und FDP. Zum Vorsitzenden wurde der CSU-Abgeordnete Ernst Weidenbusch gewählt, seine Stellvertreterin ist Adelheid Rupp (SPD). Ein weitergehender Antrag der Freien Wähler, die Kommission auch nach Ursachen und Verantwortlichkeiten für die heutige Krise forschen zu lassen, fand keine Mehrheit.

„Unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass wir nicht mehr gebraucht werden“, umriss Weidenbusch nach der Konstituierung der Kommission deren künftiges Wirken. Man wolle die Krisenbewältigung aktiv begleiten, wobei Staatsregierung und Landesbank aufgefordert seien, das Beratungsangebot des Landtags auch anzunehmen. Rupp erwartet sich eine effektivere Kontrolle der Bank und eine eingehende Diskussion über das künftige

Geschäftsmodell. „Diese Kommission ist auch deshalb eingerichtet worden, weil das bisherige System nicht funktioniert hat“, kritisierte sie die Arbeit des aus Mitgliedern der Staatsregierung und der Sparkassen zusammengesetzten Verwaltungsrates der BayernLB.

Innerhalb der CSU gab es erhebliche Bedenken gegen die Einsetzung der Kommission. Der Abgeordnete Philipp Graf von und zu Lerchenfeld mahnte, dass dort „höchst sensible Informationen“ ausgetauscht würden, deren Geheimhaltung für die Bank von enormer Bedeutung seien. Sollte diese nicht von jedem Mitglied gewahrt werden, könne das für die Bank großen Schaden zur Folge haben.

Genau umgekehrt argumentierte Manfred Pointner (Freie Wähler): Die Kommission werde eingesetzt, „weil der Verwaltungsrat der Landesbank bisher einseitig politisch besetzt ist“. Genau dieser geschlossene Kreis habe zu den existenzbedrohenden Fehlentscheidungen geführt. Franz-Xaver Kirschner (FDP) sah in der Kommission die Chance, in die aufgeheizte Debatte um die Landesbank wieder Ruhe zu bringen. Diese brauche die Bank in der gegenwärtigen Lage dringend.

*/Jürgen Umlauf*

## Akademiegespräch im Bayerischen Landtag

# „Die Lebenswelten differenzieren sich aus“

Richard Hilmer analysierte im Dezember beim „Akademiegespräch“ das Ergebnis der Landtagswahl. „Maximilianeum“ traf den Wahlforscher und Demoskop im Anschluss für ein kurzes Interview. [➔ MEHR](#)



Foto: dpa

Richard Hilmer von Infratest dimap, Berlin.

### Interview zur vergangenen Landtagswahl mit Richard Hilmer, Chef-Wahlforscher bei Infratest dimap, Berlin

#### Sie haben die Landtagswahl analysiert. Zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?

Sieger waren die „kleinen“ Parteien, insbesondere die Freien Wähler, die zum ersten Mal den Sprung in den Landtag schafften und auf Anhieb drittstärkste Partei wurden. Aber auch die FDP, der erstmals wieder seit 1990 der Einzug in den Landtag gelang und die dafür auch noch mit der ersten Regierungsbeteiligung seit fast 50 Jahren belohnt wurde.

#### Verloren haben also die großen Volksparteien?

Deren Anteil an den Wählerstimmen ist von über 80 auf 62 Prozent gesunken. Nicht nur numerisch fiel dabei der Verlust der CSU stärker ins Gewicht, für sie bedeutete der Stimmeneinbruch um 17,4 Punkte gegenüber der Landtagswahl 2003 den Verlust der seit 1962 gehaltenen absoluten Mehrheit. Eine Überraschung dürfte aber auch gewesen sein, dass die SPD von dieser Wahlniederlage der CSU nicht profitieren konnte, sondern noch Stimmen abgeben musste.

#### Was machen die Volksparteien falsch?

Es gelingt den beiden Volksparteien immer weniger, mit ihren Politikangeboten unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Entscheidender Grund dafür ist, dass sich die Lebenswelten in modernen Gesellschaften

immer stärker ausdifferenzieren und damit unterschiedliche Interessenslagen entwickeln. Die SPD leidet unter dem Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften, die ihr als wichtige Wählerbasis dienen, und die Union spürt die ebenfalls schwindende Zahl der aktiven Kirchgänger, mit denen sie eine Wertegemeinschaft bildet. Diese Entwicklung eröffnet den kleineren Parteien die Möglichkeit, durch Betonung ausgewählter Werte und Themenfelder (Grüne: Umwelt, FDP: Steuern, Linke: soziale Gerechtigkeit) zu punkten.

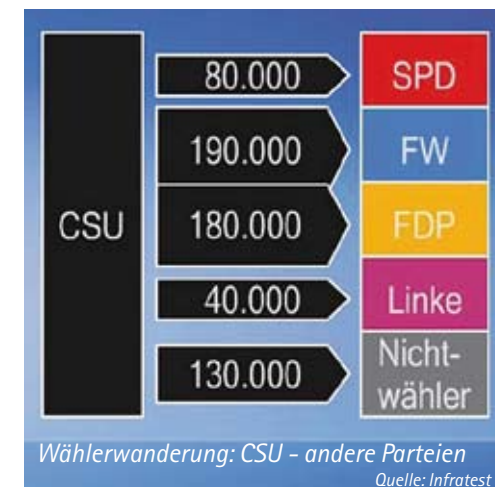
#### Wie erklärt sich der Zulauf für kleine Parteien?

Die Freien Wähler waren vor allem auf dem Land und bei Personen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen erfolgreich. Den stärksten Zuspruch verzeichneten sie bei Landwirten, die sich nicht mehr in ausreichendem Maße von der CSU vertreten sahen. Die FDP legte vor allem in den Städten und dort bei den höher gebildeten Bevölkerungsschichten zu. Diese Wählergruppen beklagten bei der CSU eine Häufung politischer Fehlentscheidungen. Sie plädierten nicht für einen grundlegenden politischen Wechsel, aber für stärkeren Einsatz für Steuervergünstigungen und Bürgerrechte. Auch die Grünen legten vor allem auf Kosten der CSU zu, wenn auch dieser Zustrom deutlich geringer ausfiel als bei FW und

FDP. Ihr Zugewinn war besonders ausgeprägt bei höher gebildeten Frauen jüngerer und mittleren Alters. Sie entschieden sich für die Grünen vor allem wegen ihrer Umweltpolitik.

#### Wird es in Bayern noch Alleinregierungen geben?

Eine Alleinregierung für die CSU ist auch nach der herben Niederlage im Bereich des Möglichen. Selbst der Anteil an Gesamtstimmen von 43,4 Prozent hätte ja aufgrund der Besonderheiten des bayerischen Wahlrechts beinahe für eine absolute Mehrheit der CSU ausgereicht, da davon die jeweils stärkste Partei profitiert. /aki



## 90 Jahre Frauenwahlrecht

# Frauen und Politik – was bringt die Zukunft?

*Seit dem 12. Januar 1919 dürfen Frauen in Bayern wählen. Die Gleichberechtigung ist heutzutage auf dem Papier eine Selbstverständlichkeit. Wie aber sieht die Praxis aus? „Maximilianeum“ hat bei den Fraktionen des Bayerischen Landtags nachgefragt.*

### Erkämpft: das Frauenwahlrecht



*Demonstrationszug von Frauen am Internationalen Frauentag in Berlin anno 1911.*

Copyright: SZ Photo / Scherl

### Ursula Männle, MdL (CSU)

90 Jahre Frauenwahlrecht ist ein Grund zum Feiern. Am 12. November 1918 war es endlich soweit. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs gab die Weimarer Nationalversammlung den Frauen erstmals das aktive und passive Wahlrecht. Für die Frauen war es ein weiter Weg von dem Mitglied des Reichstags aus der Bayerischen Volkspartei, Dr. Thusnelda Lang-Brumann, dem Mitglied im Landtag Ellen Amann über Mathilde Berghofer-Weichner, der ersten bayerischen Ministerin im Jahr 1983, bis zur ersten Bundeskanzlerin Angela Merkel. Dass Frauen heute selbstverständlich Politik gestalten, ist das Verdienst solcher progressiven Vordenkerinnen. Nach dem Krieg setzten sich etwa die ersten vier weiblichen CSU-Abgeordneten Maria Deku, Franziska Gröber, Dr. Maria Probst und Zita Zehner für die Beteiligung der Frauen in der Politik ein. Zukunftsforscher sehen das 21. Jahrhundert als Jahrhundert der Frauen. Trotzdem bestimmt nach wie vor Ungleichheit die Situation von Frauen und Männern im Arbeitsleben und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Wissenschaft ist immer noch zu gering. Frauen stellen mit über 50 Prozent die Mehrheit der Wähler, machen von ihrem Wahlrecht regelmäßiger Gebrauch als Männer und sind dennoch in politischen Ämtern und Mandaten heute noch unterrepräsentiert. Wir brauchen Frauenpolitik heute so dringend wie in den letzten 90 Jahren.



### Adelheid Rupp, MdL (SPD)

Wir Frauen begnügen uns nicht mehr mit dem Recht, wählen zu dürfen. Der damalige Slogan der Frauenbewegung „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ heißt heute „Rein in die politischen Führungspositionen“. Wie damals so auch heute ist die SPD eine Vorreiterin in Sachen Gleichstellungspolitik. Zahlenmäßig wird dies dadurch deutlich, dass fast 50 Prozent der bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Frauen sind. Der Frauenanteil des gesamten Bayerischen Landtages beträgt hingegen nur 31 Prozent. Die SPD wird sich weiterhin für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen innerhalb der Partei und der Gesellschaft einsetzen. Dass Frauen ein Wahlrecht zusteht, ist heute eine Selbstverständlichkeit. Im Gegensatz hierzu sind Frauen in politischen Führungspositionen in Bayern aber noch immer die Ausnahme. Dem Bayerischen Kabinett gehören nur drei Ministerinnen an, und in ganz Bayern gibt es gerade mal drei Oberbürgermeisterinnen. Damals gelang es dank des unermüdligen Kampfes bedeutender Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass am 12. November 1918 das Recht für Frauen, zu wählen und gewählt zu werden, verkündet wurde. Am 12. Januar 1919 durften die Frauen in Bayern erstmals von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Sechs Frauen wurden in den Bayerischen Landtag gewählt. Die ersten Frauen, die für die SPD einzogen, waren Aurelie Deffner und Emilie Mauerer.



## 90 Jahre Frauenwahlrecht – Frauen und Politik: Was bringt die Zukunft?

### Karl Vetter, MdL (Freie Wähler)

Am 12.11.1918 erhielten die Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Dem Recht der Frauen, sich politisch zu organisieren und zu engagieren, ging ein langer Kampf der Frauenbewegung voraus. Dieser Kampf in Politik und Wirtschaft um Gleichstellung muss und wird weitergehen – der eingeschlagene Weg ist unumkehrbar. Leider war bei den letzten Wahlen vor allem bei jungen Frauen eine stark rückläufige Wahlbeteiligung festzustellen. Kann es sein, dass sich insbesondere auch bei jungen, aktiven Frauen Politikverdrossenheit in besonderem Maße bemerkbar macht? Hat dies vielleicht auch mit dem Demokratieverständnis unserer seit Jahren etablierten Parteien zu tun, in dem der Wählerwille so gedeutet wird, dass 43 Prozent der Stimmen bei einer Wahl zu 50 Prozent der Stimmen in einem Ausschuss-Gremium führen? Als Gleichstellungsbeauftragter meiner Fraktion sehe ich meine Aufgabe darin, alle Frauengenerationen in ihrem Kampf um Gleichberechtigung mit ganzer Kraft zu unterstützen. Die Gleichstellungsbeauftragten aller im Parlament vertretenen Gruppierungen müssen ebenso mit allem Nachdruck darauf drängen, dass jede Wählerstimme in ihrer Auswirkung im Parlament gleich viel wert ist. Die Freien Wähler werden sich zur Speerspitze derer machen, die auch in Bayern wieder ein anderes Demokratieverständnis wollen. Gleichstellung muss heißen, dass jede Wählerstimme gleich zählt.



### Margarete Bause, MdL (Bündnis 90/Die Grünen)

Frauen sind in der Politik auf dem Vormarsch! Egal ob in Frankreich, Finnland oder Deutschland: Frauen drängen unübersehbar in politische Spitzenämter. Dies gilt für Ministerämter, Parteivorstände und Abgeordnetenmandate. Die Grünen haben hier seit Jahren eine Vorreiterrolle. Nach wie vor schneiden wir Grüne als Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil am besten ab. Die von den Grünen als erster Partei eingeführte Quotierung hat zweifelsohne wesentlich dazu beigetragen. Die Quote stößt allerdings auch an ihre Grenzen – nämlich dort, wo Frauen gleichzeitig Frauenförderung und fortbestehende strukturelle Diskriminierung erfahren. Frauenfreundliche Rekrutierung geschieht vorwiegend in fortbestehenden männerorientierten Organisationsweisen, Strukturen und Ritualen. Dies stellt eine große Barriere für Frauen dar, eine politische Karriere einzuschlagen. Eine Zukunftsvision ist: Frauen und Männer müssen im politischen System gleichermaßen repräsentiert sein – und zwar auf allen Ebenen. Und das heißt, nicht nur den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen, sondern auch die bislang männerdominierten Strukturen und Verfahren aufzubrechen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist dabei nur eine Herausforderung unter vielen. Hier gibt es noch einiges zu tun.



### Brigitte Meyer, MdL (FDP)

„Politik ist Männersache“ – dieser Denkansatz galt, wie wir wissen, bis vor 90 Jahren uneingeschränkt. Wenn man sich heute in so manchem kommunalpolitischen Gremium umsieht, dann könnte man meinen, das gilt so noch immer. Rein von der Männerwelt dominierte Gemeinderäte sind absolut keine Seltenheit, und obwohl die Zahl aktiver Ober-/Bürgermeisterinnen in den letzten Jahren größer geworden ist und trotz einer Bundeskanzlerin Angela Merkel sind Frauen in der politischen Entscheidungssphäre noch immer massiv unterrepräsentiert. Dabei wäre es gerade in der Politik nötig, entsprechende weibliche Strukturen aufzubauen, weil Frauenprobleme von Männern nur selten richtig erkannt werden. Und es wäre wichtig, weil nur so auch die notwendigen Weichen für entsprechende Veränderungen gestellt werden können. Nur durch einen weit in die Zukunft gelegten Bewusstseinswandel wird es möglich sein, in diesem Bereich wirkliche Veränderungen herbeizuführen. Entsprechende Ansätze sind schon bei der Erziehung und der Förderung junger Mädchen notwendig. Wir brauchen eine Politik, die deutlich macht, dass rein traditionelle Geschlechtszuschreibungen in der Erziehung kontraproduktiv sind. Wir brauchen selbstbewusste Mädchen, die später ihre Erfahrungen entscheidend durchsetzen können. Aktive Politikerinnen sind gefordert, die nötigen Weichen mit zu stellen.



Bürgerkulturpreis 2008

# Der Förderverein Schierlinger Schulen ist spitze

*Zum Tag des Ehrenamts zeichnet der Landtag vorbildliches bürgerschaftliches Engagement mit seinem Bürgerkulturpreis aus. Erster Preisträger ist in diesem Jahr ein Projekt aus der Oberpfalz.*

Schierling ist ein Dorf ohne viel Tourismus, rund dreißig Kilometer von Regensburg entfernt. Eine verschlafene, ländliche Idylle, könnte man meinen, aber weit gefehlt: Die kleine Gemeinde strotzt geradezu vor Engagement. Anders wäre der Erfolg des „Fördervereins Schierlinger Schulen“ undenkbar. Wegen seiner vorbildlichen Arbeit für die Integration von Migranten hat der Bayerische Landtag den Förderverein heuer mit dem Bürgerkulturpreis bedacht.

„Die Kinder haben unsere ganze Energie und unser ganzes Engagement verdient“, meint



*Zusätzliche Schulstunden: In Schierling werden Kinder individuell gefördert.*

Karl-Heinz Neumann, der Schulleiter der Schierlinger Volksschule, auf dessen Initiative die Gründung des Fördervereins zurückgeht. Ohne die Unterstützung des Vereins, so Neumann, komme die Förderung der schwächeren Schüler im Lesen, Schreiben und Rechnen und die sportliche und musische – mit einem Wort die ganzheitliche – Bildung zu kurz.

Tatsächlich finanziert der Verein wöchentlich 65 zusätzliche Schulstunden in der Placidus-Heinrich-Volksschule Schierling und 17 weitere Stunden an der Grundschule im benachbarten Eggmühl. Kosten: insgesamt rund 17 000 Euro im Jahr – ein unglaublicher Kraftakt der Bürger, zum Wohle der Schüler. Auf eigene Faust bezahlt der Förderverein, dem inzwischen

327 Bürger angehören, Leseförderung, Mathe, Deutsch und individuelle Differenzierung, darüber hinaus auch Schach, Streitschlichtung, Konzentrationsförderung, Trommeln, Flötenunterricht und Jonglieren. Sogar Krafttraining für die Buben an der Hauptschule steht auf dem Programm – ein Angebot, das nicht nur äußerst beliebt ist, es steigert auch das Körper- und Selbstbewusstsein der pubertierenden Jungs. Darüber hinaus bietet der Förderverein unter dem Motto „Mama lernt Deutsch“ in kleinen Gruppen Sprachkurse für Migrantinnen an und arbeitet so an der Basis, mitten in den Familien.

Gerade ausländische Kinder profitieren von den freiwilligen Zusatzangeboten. Zum Beispiel Sirinya (Name von der Redaktion geändert), ein sechzehnjähriges, zartes Mädchen, das mit deutschem Stiefvater und thailändischer Mutter in der Gemeinde lebt: Sie erhält nun schon im dritten Jahr zweimal wöchentlich Förderunterricht bei Gabriele Mirlach. Mirlach hat als Hauptschullehrerin gearbeitet, bevor sie aus gesundheitlichen Gründen um ihre Entlassung bat. Zur Zeit gibt sie in Schierling sieben Wochenstunden, ausschließlich vom Förderverein

[Lesen Sie weiter auf Seite 14](#)

## Bürgerkulturpreis 2008: Der Förderverein Schierlinger Schulen ist spitze

finanziert. Den Förderbedarf ermitteln die Lehrer, so arbeitet man Hand in Hand. Ein freundlicher Raum, acht Computer an den Seitenwänden. Am großen Tisch in der Mitte sitzen Mirlach und ihre schmale thailändische Schülerin. „Ihr wart mit der Klasse in Auschwitz“, sagt Mirlach. Sirinya nickt. „Hast du da alles verstanden, was der Lehrer gesagt hat?“ Sirinya schüttelt den Kopf. „Eigentlich nicht so alles“, sagt sie. Mirlach hakt nach, dann sieht sie mit Sirinya den Stoff der vergangenen Tage durch und übt Diktat.

### Den Kindern Mut machen und ihr Selbstbewusstsein stärken

„Ich ergänze die schulische Arbeit“, sagt Mirlach. Sie untertreibt allerdings. Denn Gabriele Mirlach ist für das junge Mädchen weit mehr als nur Ergänzung: Sie besucht Sirinyas Eltern. Sie nimmt Sirinya mit zu einer Lesung für Jugendliche. Sie tauscht mit Sirinya E-Mails aus. Zur Zeit hilft sie, Sirinyas Zukunft zu planen und den Besuch einer berufsvorbereitenden Schule in München zu organisieren. Sie kümmert sich darum, wo Sirinya dann wohnen kann – alles Dinge, die eine Schule allein oft nicht „stemmt“. Es ist eine privilegierte Situation für Mirlach und eine, die ihr zutiefst Freude macht. „Der

persönliche Kontakt außerhalb des Leistungsbetriebs ist uns wichtig“, sagt Schuldirektor Karl-Heinz Neumann. Es gehe darum, Kindern „Mut zu machen und ihr Selbstbewusstsein zu stärken“, ein Selbstbewusstsein, das hier, auf der Hauptschule, nicht selten angeknackst sei. „Integration soll für jeden greifen“, sagt



Absolventinnen des Sprachkurses „Mama lernt Deutsch“ mit Lehrerin Claudia Gassmann (ganz links).

Irmgard Herzog-Deutscher, die stellvertretende Vereinsvorsitzende, „ob es sich um Migrantenkinder oder Kinder mit schwierigem sozialem Hintergrund handelt: Wir kümmern uns um alle.“ Das Ehrenamt im Förderverein allerdings zehrt und fordert. Irmgard Herzog-Deutscher,

selbst Mutter dreier bald erwachsener Kinder, will gar nicht zählen, wie viel Lebenszeit sie in den Verein steckt, wie viel Nerven, wie viel Kraft. Finanzierbare Lösungen mussten her, um den Bestand an Lehrkräften aufzustocken. Der Verein lässt beurlaubte Lehrer für sich arbeiten und Lehrerinnen in der Elternzeit. Er engagiert

Frauen, die nach einer kurzen Anleitung bereit sind, Kinder einzeln und in Kleingruppen zu unterstützen, und all diese Kräfte erhalten zehn oder zwanzig Euro pro Stunde, je nach Vorbildung. Man lebt von Spenden und Mitgliedsbeiträgen, von Fest- und Tombolaerlösen und von Zuweisungen durch das Amtsgericht.

Hin und wieder fördern die Lehrer ihre Kinder auch selbst über die üblichen Lehrerstunden hinaus und spenden das Honorar dem Verein. Planungssicherheit gibt es für Mirlach und ihre Kolleginnen aber nicht, man hangelt

sich von Jahr zu Jahr. Gerade ist ein Beisitzer, Christian Kiendl, Bürgermeister von Schierling geworden. Kiendls Unterstützung kommt von Herzen: „Unser Förderverein ist ein Segen“, sagt er. Der Verein decke „einen wichtigen Teil der dringend notwendigen sozialen Arbeit an den



Schulen ab. Er stellt aber auch ein Beispiel der Eigenverantwortung der Bürgerschaft bei der schulischen Bildung dar.“ 8000 Euro Preisgeld hat der Förderverein der Schierlinger Schulen nun vom Landtag erhalten. Gerade der ganzheitliche Ansatz des Fördervereins, der die speziellen Schulprobleme von Migrantenkindern in seinem Programm berücksichtigt, hat die Juroren überzeugt. [MEHR /goe](#)

### Auf einen Blick: Bürgerkulturpreis

Der Bayerische Landtag schreibt jährlich zum Tag des Ehrenamts einen Preis für bürgerschaftliches Engagement – den sogenannten Bürgerkulturpreis – aus. Ziel dieser Auszeichnung ist es, die ehrenamtliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung von Staat und Gesellschaft zu fördern. Der mit insgesamt 26 000 Euro dotierte Preis wird seit dem Jahr 2000 verliehen. Im Mittelpunkt des Bürgerkulturpreises 2008 stehen Menschen und Projekte, die sich für ein besseres Miteinander von Zuwanderern und Einheimischen einsetzen. Das diesjährige Thema lautete: „Initiativen zur interkulturellen Zusammenarbeit und zur Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft“. Drei Projekte wurden am 5. Dezember ausgezeichnet. Sechs weitere Initiativen erhielten einen Ehrenpreis. [MEHR](#)

## Bürgerkulturpreis: Integra e.V (2. Preis) und Kinderzirkus Trau Dich (3. Preis)

Wie wird das Zusammenleben verschiedener Kulturen für alle Seiten leichter? Dieser Frage widmet sich der **Verein Integra e.V.** aus Neustadt an der Aisch, der in diesem Jahr den zweiten Platz beim Bürgerkulturpreis des Landtages belegt hat. Die ehrenamtlichen Mitglieder kümmern sich um Migranten, die schon seit Längerem hier leben, aber auch um Neuankömmlinge. Gegründet wurde der Verein 2006: Er ging aus einem Projekt des Landratsamtes Neustadt/Bad Windsheim hervor, das die Integration junger Spätaussiedler verbessern sollte, das aber nicht mehr verlängert worden war. „Wir wollen nationen- und generationenübergreifend arbeiten“, beschreibt Olga Munkert, die bei Integra e.V. für soziale Arbeit zuständig ist, das Aufgabenfeld. Schwerpunkte sind Bildung und Sport.

Viel zu bieten hat Integra für Kinder und Jugendliche: Es gibt Angebote im Rahmen des Ferienprogramms, Ausflüge, eine große Weihnachtsfeier. Mit einer kostengünstigen Freizeit für 16- bis 21-Jährige schließt der Verein eine Lücke für diese Altersgruppe. Erwachsenen will man ein Forum für Begegnungen sein, aber auch konkret helfen. So gibt es u.a. einen Frauentreff mit Sprachförderung. An die ehrenamtlich betriebene Anlaufstelle in Bad Windsheim kann sich jeder mit Fragen und Problemen wenden.



*Der Verein Integra kümmert sich um Migranten – nationen- und generationenübergreifend.*



*Der internationale Kinderzirkus „Trau Dich“ erhielt heuer den 3. Preis des Bürgerkulturpreises.*

Den dritten Bürgerkulturpreis erhielt der Münchner Verein „Freundschaft zwischen Ausländern und Deutschen e.V.“ für sein Projekt **„Kinderzirkus Trau Dich“**, das Kindern jeglicher Herkunft schon seit 1985 sinnvollen Freizeitspaß bietet. Ohne Vorkenntnisse kann man hier jonglieren, Einradfahren und Stelzenlaufen lernen – und das völlig kostenlos.

Im Mittelpunkt des Angebots steht das Miteinander: Um viermal im Jahr eine eigene Vorstellung auf die Beine stellen zu können, lernen die Freizeitartisten, wie wichtig gegenseitige Hilfe ist. „Nur wenn man gemeinsam an einem Strang zieht, schafft man es am Ende“, sagt Helga Hügenell, die als einzige Hauptamtliche den Zirkus organisiert. Auf diese Weise würden Vorurteile überwunden. Und für das einzelne Kind bringe die Teilnahme am Zirkus oft einen Schub an Selbstbewusstsein. Jeder kann sich mit seinen Ideen und Stärken beteiligen, viele Kinder erleben erstmals so etwas wie Anerkennung. 75 Kinder besuchen die Übungsstunden im Gemeindesaal von St. Matthäus in München. Wie im richtigen Zirkus, so kommen auch hier die unterschiedlichsten Lebensgeschichten zusammen: Es gibt Kinder von französischen und türkischen, von polnischen und südamerikanischen Eltern. Und einmal war sogar ein echtes Zirkuskind mit dabei, dessen Eltern beim Zirkus Krone arbeiten. */Anke Sauter*

### Ehrenpreisträger: Plätze 4 bis 9

#### **Afghanische Frauen in München e.V.**

Der Verein hilft afghanischen Frauen, sich in der deutschen Gesellschaft und Kultur zurechtzufinden.

#### **Boxstaffel des ASV Cham**

Diese Abteilung des bayerischen Amateur-Boxverbands hilft ihren Mitgliedern mit Migrationshintergrund bei Behördengängen, Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche. [➔ MEHR](#)

#### **BRK Ostallgäu – Projekt „Bunter Garten“**

In jeder Kultur wird Obst und Gemüse angebaut. Die gemeinsame Arbeit verbindet und erleichtert Migranten die Kommunikation. [➔ MEHR](#)

#### **Exilio Lindau – Projekt „Kulturbrücke“**

Die Kulturbrücke ist ein interkulturelles, generationenübergreifendes Bildungs- und Begegnungszentrum. [➔ MEHR](#)

#### **Interreligiöse Fraueninitiative Bamberg e.V.**

Das Projekt schafft Begegnungs-, Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Jüdinnen, Christinnen und Musliminnen. [➔ MEHR](#)

#### **Kulturzentrum Globus e.V., Wunsiedel**

Der Verein hilft jungen Aussiedlern bei der Eingliederung in die Gesellschaft durch pädagogische Maßnahmen und Information.

# Stamm: „Die Anforderungen sind gestiegen“

*Die Aufwandsentschädigungen für Arbeits-, Dienst- und Werkverträge der Mitarbeiter von Abgeordneten sollen in der neuen Legislaturperiode aufgestockt werden – dafür votierte das Präsidium des Landtags. „Maximilianeum“ sprach mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm über die Hintergründe.*



Barbara Stamm

Foto: Poss

## Interview mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm zur Entschädigung der Mitarbeiter von Abgeordneten

### Frau Stamm, welchen Teil des Landtagshaushalts betreffen die Präsidiumsbeschlüsse?

Es geht im Wesentlichen um eine Aufstockung der Mittel, die den Abgeordneten für die Beschäftigung von Mitarbeitern im Rahmen von Arbeits-, Dienst- und Werkverträgen zur Verfügung gestellt werden. Seit dem Jahr 2000 erhält jeder bayerische Landtagsabgeordnete 25 Prozent einer Stelle für eine wissenschaftliche Hilfskraft erstattet. Ab dem Jahr 2009 soll dieser Erstattungsumfang für eine wissenschaftliche Hilfskraft auf eine Zweidrittel-Stelle angehoben werden. Eine entsprechende Regelung soll in das Haushaltsgesetz 2009 aufgenommen werden. Daneben kann der oder die Abgeordnete eine Vollzeitsekretärin beschäftigen.

### Was sind die Gründe für diese Aufstockung?

Die Anforderungen an die einzelnen Abgeordneten haben sich in den letzten Jahren stark verändert und vermehrt. Ihre Rolle ist nicht mehr auf die klassischen Aufgaben im Parlament, wie Gesetzgebung und Kontrolle, beschränkt, sondern hat sich ausgeweitet: Heute sind Landtagsabgeordnete, wie die Flut von Petitionen an den Bayerischen Landtag zeigt, sehr häufig Ombudsleute und „Bürgeranwälte“ für die Anliegen und Probleme der Menschen in unserem

Land. Beratung und Unterstützung durch die Mandatsträger werden heute von den Bürgerinnen und Bürgern weit mehr beansprucht und erwartet als früher. Diese Entwicklung können wir auf Dauer nicht ignorieren. Deshalb ist eine entsprechende personelle Unterstützung des Abgeordneten auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wichtig.

### Hat dies Auswirkungen auf den Haushalt?

Durch die zur Verfügung zu stellenden Mittel für eine Zweidrittel-Stelle im wissenschaftlichen Bereich können dem Bayerischen Landtag Mehrkosten entstehen. Bei diesen Geldern handelt es sich, das möchte ich nochmals betonen, im Ergebnis nicht um Zahlungen an Abgeordnete, sondern um Zahlungen an die Arbeitnehmer, die Abgeordnete beschäftigen. Abgeordnete, die diese Beschäftigungsmöglichkeiten nicht voll in Anspruch nehmen, müssen den nicht in Anspruch genommenen Teilbetrag zurückzahlen.

### Könnte man nicht die Zahl der Abgeordneten im Landtag verkleinern und so die Ausgaben stabil halten, die durch die Aufwendungen für deren Mitarbeiter entstehen?

Das ist eine populäre Forderung, die immer mal wieder zu hören ist, die das Parlament

aber schwächen und damit der Demokratie in Bayern schaden würde. Eine erneute Verkleinerung des Parlaments – seit 2003 besteht der Landtag grundsätzlich aus 180 Abgeordneten, vorher waren es 204 – hätte eine Vergrößerung der Stimmkreise zur Folge. Damit würde sich die Relation Bürger/Abgeordneter verschlechtern, das heißt: Die Anzahl der Bürger, die von einem Mandatsträger betreut werden, würde sich erhöhen. Dies aber wäre verbunden mit einem Verlust an Bürgernähe und parlamentarischer Kompetenz vor Ort. Beides, die Nähe der Abgeordneten zum Bürger und deren sachkundige, professionelle Arbeit vor Ort, ist für unser Staatswesen unverzichtbar.

### Gilt das auch im Zeitalter der Globalisierung?

Mehr denn je. Gerade unter den Vorzeichen der Globalisierung und der damit verbundenen Komplexität weltweiter Entwicklungsprozesse sind Abgeordnete heute mehr denn je gefordert, global zu denken und lokal zu handeln. Landtagsabgeordnete müssen sich den globalen Entwicklungen stellen, sie sachlich einordnen und die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft des Landes und ihrer Heimatregion ziehen können. Das ist der Maßstab, dem der Landtag gerecht werden muss. Und dazu braucht das Parlament eben auch das notwendige Rüstzeug. /kh



## Mit Studenten unter einem Dach

### Vor 60 Jahren zog der Bayerische Landtag ins Maximilianeum ein

*Seit dem 11. Januar 1949 tagen Bayerns Volksvertreter im Maximilianeum am Isarhochufer. Das alte Gebäude in der Münchner Prannerstraße war im Krieg zerstört worden.*

Obdachlosigkeit als Folge der Kriegsbombardierungen war ein prägendes Merkmal der ersten Nachkriegsjahre. Unbehaust waren nicht nur die Menschen, auch die Parlamente waren in Schutt und Asche gefallen. Landtagsdirektor Alois Wagner erinnerte sich: „Als ich am 3. Juli 1946 berufen wurde, hätte ich mich ebenso gut in den Englischen Garten setzen können. Ich hatte keinerlei Räume, weder für das Amt selbst, noch für die Beratungen der kommenden Volksvertretung.“

Das alte Parlamentsgebäude in der Prannerstraße war wie viele andere Großbauten zerstört, ein provisorischer Tagungsort für die Verfassunggebende Landesversammlung und

den neuen Landtag nur mit Mühe aufzuspüren. Ein erstes Notquartier fanden die Parlamentarier in der Aula der Universität, wo die Verfassungsberatungen stattfanden und sich am 16. Dezember 1946 der erste Nachkriegslandtag konstituierte. Da die Universität, ebenfalls stark zerstört war, die Aula für Vorlesungen benötigt wurde, mussten die Abgeordneten für einige Monate in das Brunnenhoftheater der Residenz umziehen. Das Präsidium saß auf der Bühne und die Politiker nahmen im Zuschauerraum Platz. Ab Mai 1947 konnte nachmittags der Sophienaal der Oberfinanzdirektion genutzt werden. Der Ministerrat diskutierte bereits Mitte 1946 über die künftige Unterbringung des neuen Landtags, doch viele Möglichkeiten gab es nicht. Letztlich kamen nur der „Führerbau“ an der Arcisstraße und das Maximilianeum in



Bildarchiv Bayerischer Landtag

*Landtagspräsident Michael Horlacher freute sich über den Einzug ins Maximilianeum: „Wir stehen hier auf gutem bayerischen Boden.“*



Frage. Das repräsentative NS-Parteigebäude war zwar unzerstört, aber von der US-Militärregierung beschlagnahmt. Das Maximilianeum, von Max II. als Wohnsitz für die bestbegabten Studenten Bayerns und als Galerie für seine Sammlung von Historienbildern errichtet, war nur teilweise zerstört. Brandbomben hatten lediglich die Schauräume an der Westfront, wo sich die Galeriesäle befanden, unbenutzbar gemacht.

Im intakten Wohntrakt lagen die Zimmer der Stipendiaten, die Akademie der Tonkunst sowie Universitätsinstitute.

Ohne Erlaubnis der Stiftung, in deren Eigentum sich das Maximilianeum ja gemäß dem Willen des Königs befand, gingen im Auftrag der Staatsregierung die Handwerker daran, Kriegsschäden auszubessern und gleichzeitig die Räume für den Parlamentseinzug vorzubereiten. Doch Stiftung und Stipendiaten dachten gar nicht daran, das angestammte Gebäude aufzugeben und mit einem Ersatzbau vorlieb zu nehmen. Auch die Drohung der Enteignung konnte sie nicht schocken, denn nicht nur die Rechtslage, auch die öffentliche Meinung stärkte der Stiftung den Rücken.

Der Kompromiss, drei Wochen vor dem Einzug des Landtags unterzeichnet, schuf bis auf den heutigen Tag die wohl einmalige Situation, dass ein Parlament als Mieter unter einem Dach mit Studenten lebt. Mit der offiziellen Feier am 11. Januar 1949 endete das zweieinhalbjährige Obdachlosendasein des Landtags, und Landtagspräsident Michael Horlacher freute sich: „Wir stehen hier auf gut bayerischem Boden.“ [➔ MEHR](#) /Peter Jakob Kock

## 70. Geburtstag von Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)



Vizepräsident, Abgeordneter, Notar und „Bürgeranwalt“, Autor, Dozent, Oberst der Reserve, Fallschirmspringer – die Liste seiner Berufe und Aktivitäten ist lang. Im vollbesetzten Senatssaal dankte Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (Foto) den versammelten Kollegen, Mitarbeitern und Vertretern der Fraktionen für den festlich-fröhlichen Empfang anlässlich seines 70. Geburtstags.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm würdigte in ihrer Ansprache die Verdienste des Zweiten Vizepräsidenten, der dem Bayerischen Landtag seit 30 Jahren als Mitglied angehört. Weil es, wie Gantzer augenzwinkernd anmerkte, „bunte Einlagen“ zu seinem Fest nicht gab, sprang er selber mit einer Dia-Show über sein Leben in die Bresche. Geografisch spannte er dabei einen weiten Bogen, der bis zum Nordpol und in die Sahara reichte. Der Empfang klang aus mit einem gemeinsamen Mittagsimbiss im Steinernen Saal. [MEHR](#) /kh

## Ausstellung Pressefoto Bayern

Zum neunten Mal hat der Bayerische Journalisten-Verband (BJV) unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Barbara Stamm den Wettbewerb „Pressefoto Bayern“ ausgerichtet. Der Wettbewerb prämiert die besten Pressefotos, die 2008 in Bayern entstanden sind oder sich thematisch mit dem Freistaat befassen. Rund 90 Fotografen haben sich mit mehr als 700 Einsendungen an dem Wettbewerb beteiligt. Prämiert wurden Fotos in den Kategorien „Tagesaktualität“, „Bayern – Land und Leute“, „Kultur“, „Sport“ sowie „Umwelt und Energie“.

Die in diesem Jahr mit insgesamt 9000 Euro prämierten Aufnahmen werden bis 9. Januar 2009 im Foyer Nordbau im Maximilianeum der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ausstellung mit über 50 Pressefotos ist werktags von 9 bis 16 Uhr (freitags bis 13 Uhr) geöffnet. An Wochenenden und am 24., 25., 26. und 31. Dezember 2008 sowie am 1. und 6. Januar 2009 ist die Ausstellung geschlossen. [MEHR](#)



*Das Siegerfoto in der Kategorie „Bayern – Land und Leute“ des Fotowettbewerbs Pressefoto Bayern 2008: „Scheichs und Schuhplattler“. Es wurde von Peter Kneffel aus München geschossen und entstand anlässlich eines bayerischen Abends in Abu Dhabi.*

## Besuch aus dem Königreich Marokko im Landtag



Der Bayerische Landtag und die Abgeordnetenkammer des Königreichs Marokko wollen ihre parlamentarischen Beziehungen stärken und weiter ausbauen – das betonten die Präsidenten der beiden Volksvertretungen Anfang Dezember im Maximilianeum. Präsident Mustapha Mansouri, der an der Spitze der marokkanischen Delegation nach München gekommen war, berichtete von den Reformanstrengungen seines Landes auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene. Besonderes Interesse zeigten die Besucher an den Erfahrungen des Freistaats mit dem Föderalismus: „Gerne würden wir bei diesem Strukturprinzip von den Erfahrungen Bayerns lernen“, so Mansouri. Der Gedankenaustausch der Parlamentarier, an dem neben der Landtagspräsidentin auch die Vizepräsidenten bzw. Vertreter der Landtagsfraktionen und -verwaltung teilnahmen, war verbunden mit einer Besichtigung des Plenarsaals sowie dem Eintrag der Delegation in das Ehrenbuch des Landtags (Foto). /kh

### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München  
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

#### Redaktion:

Katja Helmö (V.i.S.d.P., Landtagsamt)  
Jan Karl Dermietzel (Bayerische Staatszeitung)

#### Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online  
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München  
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

#### Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.

## Verleihung Verfassungsmedaille

35 Persönlichkeiten sind am 1. Dezember mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold und Silber ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Barbara Stamm (Foto) hob in ihrer Rede den überdurchschnittlichen Einsatz der Geehrten für das Gemeinwohl hervor: „Mit Ihrem herausragenden Engagement haben Sie den Zusammenhalt der Menschen in Bayern gefestigt. Sie haben sich dabei aktiv für die Werte unserer Verfassung eingesetzt und bewiesen, dass es vielfältigste Möglichkeiten gibt, unsere Verfassung mit Leben zu erfüllen“, so Stamm. Die Verfassungsmedaille wurde am 1. Dezember 1961 vom damaligen Landtagspräsidenten Rudolf Hanauer gestiftet. Sie gehört zu den Auszeichnungen, die im Freistaat Bayern am seltensten verliehen werden. /kh



### Sainte-Laguë/Schepers

Beim Sitzverteilungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers hadert mancher mit der Aussprache. Den Franzosen André Sainte-Laguë spricht man „sän-te-la-gü-ee“ aus, den Deutschen Hans Schepers ganz normal. Einfacher ist die Lösung in den USA: Dort heißt es einfach „Webster-Verfahren“. /der